

Auer Tageblatt

Bestellungen werden die Anzeigen und für Anzeigen die Postenhalten entgegen. - Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: Dr. Robert Geyersbach. Druckerei für Anzeigen des Auer und Umgebung in Leipzig, am Markt. Verleger: Robert Geyersbach, Leipzig, Markt 44. Telefon 1111.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druck- und Verlagsanstalt Auer Leipzig Nr. 1946

Nr. 51

Dienstag, den 2. März 1926

21. Jahrgang

Ausschaltung der Sowjetunion von der Abrüstungskonferenz?

Englische und französische Intriguen.

Moskau, 28. Febr. Die Sowjetblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Genf, wonach das vorbereitende Komitee für die allgemeine Abrüstungskonferenz Mitte Mai in Genua zusammentreten wird, auch wenn die Sowjetunion an dieser Besprechung nicht teilnehmen sollte. Die „Iswestija“ wittert hinter diesem Gerücht englische Intrigen und meint, falls wirklich die Abrüstungskonferenz ohne Rußland abgehalten werden sollte, so würde dieses einen Sieg des englischen Standpunktes bedeuten. Es werden geheime Abmachungen zwischen Frankreich und England angenommen, u. a. daß Frankreich für die Ausschaltung der Sowjetunion von der

Abrüstungskonferenz die Zusage Englands für die Unterstützung der polnischen Forderung nach einem Ratifizieren erhalten habe. Die offiziellen Kreise in Moskau weisen darauf hin, daß die Sowjetunion keinesfalls einen Beschluß anerkennen wird, an dessen Zustandekommen sie nicht teilgenommen hat. Falls die Sowjetunion aber zur Vorkonferenz nicht zugelassen wird, werde sie sich auch an der endgültigen Abrüstungskonferenz nicht beteiligen. Die Blätter sprechen weiter die Ansicht aus, daß die Abrüstungskonferenz ohne die Teilnahme Sowjetrußlands anstatt zu einer Verminderung nur zu einer Vermehrung der Rüstungen führen werde.

Die Organisation des deutschen Rundfunkwesens.

Berlin, 26. Febr. Die ständig zunehmende Bedeutung des Rundfunks für die Allgemeinheit hat eine durchgreifende Neuordnung der Organisation und eine Verstärkung des behördlichen Einflusses erforderlich gemacht. Zukünftig unterliegt die grundsätzliche Regelung aller bei der Programmgestaltung etwa auftretenden politischen und kulturellen Fragen gemeinschaftlich dem Reichsministerium des Innern und den für die einzelnen Rundfunkbezirke zuständigen Landesregierungen. Für die Handhabung des Vortrags- und Nachrichtenendienstes des Rundfunks sind von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Ländern Richtlinien erlassen, durch die ein gleichmäßiges, überparteiliches und objektives Verhalten der Rundfunkgesellschaften sichergestellt werden soll. Zur Überwachung des Nachrichten- und Vortragsdienstes der Gesellschaften, der Innehaltung der Richtlinien und zur Entscheidung über alle mit der Programmgestaltung zusammenhängenden politischen Fragen wird bei jeder Gesellschaft ein aus Reichs- und Landesvertretern zusammengesetzter, mit besonderen Vollmachten versehenen amtlicher Überwachungs-ausschuß eingesetzt.

Für die Zusammensetzung der Programme und ihre Durchführung sind die Rundfunkgesellschaften zuständig. Ihnen wird ein von der zuständigen Landesregierung im Benehmen mit dem Reichsinnenministerium zu berufender Beirat zugeteilt, der an der Gestaltung des Programms mitzuwirken und die Gesellschaft hinsichtlich ihrer Darbietungen aus Kunst, Wissenschaft und Volksbildung zu beraten und zu überwachen hat.

Die Deutsche Reichspost als Zentralstelle für das Funkwesen ist für die gesetzgeberischen Arbeiten, die Gebührensfragen, die Durchführung und Überleitung des technischen Betriebes, die technische Weiterentwicklung und die Überwachung der Wirtschaftsführung des Rundfunks zuständig.

Die auf Grund des Telegraphengesetzes für die Verwaltung der neun deutschen Rundfunkbezirke zugelassenen ursprünglich rein privaten Rundfunkgesellschaften sind unter Beibehaltung der für die Weiterentwicklung unentbehrlichen privaten Initiative nunmehr unter maßgeblichen wirtschaftlichen Einfluß der Reichspost gestellt worden. Dadurch ist sichergestellt, daß die den Gesellschaften aus den Teilnehmergebühren zufließenden Teilbeträge unter behördlicher Kontrolle verwaltet und im Interesse der Allgemeinheit verwendet werden.

Die organisatorische und wirtschaftliche Überleitung der Rundfunkgesellschaften, die Bearbeitung aller gemeinsamen oder über die örtliche Zuständigkeit hinausgehenden Fragen, den finanziellen Ausgleich zwischen den Rundfunkbezirken sowie die gemeinschaftliche Vertretung der deutschen Rundfunkgesellschaften in der Union internationale de Radiophonie in Genf hat die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft übernommen. Ferner unterstellt die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft das Telegraphentechnische Reichsamtsamt in der Weiterentwicklung der Funktechnik. Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft ist ein nach den Anweisungen des Reichspostministeriums Berlin arbeitendes, den angeschlossenen Rundfunkgesellschaften übergeordnetes, im Dienste der Allgemeinheit stehendes Organ, das die Weisheit in den Rundfunkgesellschaften des alten Reichspostgebietes und Württembergs bezieht. Für den bayerischen Rundfunkbezirk ist die Abteilung des Reichspostministeriums München zuständig.

In der ersten am 26. Februar d. J. in Stuttgart abgehaltenen Gesellschafterversammlung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft wurde ein ehrenamtlicher Verwaltungsrat aus vorläufig folgenden Persönlichkeiten gewählt: Staatssekretär Dr. Bredow-Berlin, Ministerialrat Dr. Andersch-Berlin, Präsident Professor Dr. Wagner-Berlin, Oberpostrat Dr. Hardisch-Berlin, Postrat Thurn-Berlin, Postbaurat Feuch-Stuttgart, Direktor F. Blons-Hamburg, Reichsdirektor Dr. Otto-Leipzig, Generalkonsul Dr. Wanner-Stuttgart, Dr. Vohmeier aus Königsberg (Pr.). Zum Vorsitzenden wurde als Vertreter der Deutschen Reichspost Staatssekretär Dr. Bredow zum stellvertretenden Vorsitzenden als Vertreter der Rundfunkgesellschaften Generalkonsul Dr. Wanner bestimmt.

Die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern.

Berlin, 24. Februar. Um die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, ist auf Veranlassung des Reichsministeriums des Innern für die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 das Material aus vier charakteristischen unteren Verwaltungsbereichen ausgewertet worden, und zwar aus der Stadt Nürnberg, der vorwiegend industriellen Amtshauptmannschaft Borna i. Sa., dem Landkreis

Eine Aufteilung Oesterreichs?

Prag, 26. Februar. Die „Morobni List“, das Organ des Dr. Kramarich, beschäftigt sich heute in einem Leitartikel, betitelt: „Wohin damit?“ mit den Gerüchten über eine geplante Teilung Oesterreichs und behauptet, daß solche Pläne in Völkerverbindungen (17) halbamtlich erwogen würden.

Dem nationaldemokratischen Blatt zufolge ist die Aufteilung Oesterreichs in der Weise geplant, daß Deutschland Vorarlberg, Tirol entlang des Brenners, Salzburg bis zu den Niederebenen Tauern, ganz Oberösterreich und das Ebnatal Italien Osttirol und Westkarnten, Jugoslawien das übrige Karnten und die Steiermark und schließlich die Tschonoslawakel ganz Niederösterreich mit 24 Millionen Einwohner erhalten würde.

Das Blatt ist jedoch vorsichtig genug, zu erklären, daß es an die Verwirklichung dieser Pläne nicht glauben kann. Frankreich die Aufteilung Oesterreichs nicht zulassen wird.

Die Trauerfeiern in Großberlin.

Berlin, 28. Febr. Der Volkstrauertag wurde in Großberlin mit feierlichen Trauerfeiern zum Gedächtnis der Gefallenen des Weltkrieges begangen. Der Feier im Reichstag wohnte das Reichskabinett fast vollständig bei, ferner Delegierte der verschiedenen Kirchengemeinden und professionellen Organisationen unter ihnen im Ornat der fürstbischöflichen Delegat Weihbischof Deitmar. Die Gedenkrede hielt der Präsident des Volksbundes Pfarrer Siem. Er begrüßte den Reichspräsidenten von Hindenburg und erinnerte daran, daß der Todestag des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert sich heute zum ersten Male jährt. Dann führte er u. a. aus: Besser als schwächliche Sentimentalität ist wahre beste Trauer aber auch nütziges Vorwärtsschreiten. Unsere Gefallenen geben uns durch ihren Tod eine Macht, die wir näher aber auch vergeuden können. Die Millionen Gräber in aller Welt sind Zeugen für alle Welt dafür, was das deutsche Volk geleistet hat. Ein Volk, das solche Söhne hat, hat ein Recht an sich zu glauben. Wir haben den Volkstrauertag nicht in den Herbst, das Symbol der Vergänglichkeit, gelegt, sondern in die Zeit des Frühlings und der Ostergewissheit, denn das ist die letzte Mahnung der Gefallenen durch Läuterung und Selbstbesinnung vorwärts zu schreiten. Umrahmt war die Gedenkrede durch Darbietungen eines Bläserbundes und eines Männergesangsvereins, die den erhebenden Eindruck der Feier erhöhten. Den Vortrag des Trauermarsches hinter das Lied „Ich hatt einen Kameraden“ hörte die Trauergemeinde in stillem Gedenken stehend an.

Die Totenfeier der Reichswehr in Berlin.

Berlin, 1. März. Gestern mittag fand in der Garnisonkirche ein Trauergottesdienst für die im Weltkrieg gefallenen Soldaten statt, an der Reichswehrminister Gehler, General v. Seidl, Generalmajor Jenker, der Kommandant von Berlin Generalmajor von Ebering, mit ihren Stäben teilnahmen. Wahlkreispfarrer Jämer erwähnte die Reichswehr, den Geist der Gefallenen in sich zu tragen und sein Däuer zu sein.

Am Grabe des ersten Reichspräsidenten.

Berlin, 1. März. Am Grabe Eberts auf dem Bergfriedhof bei Heidelberg wurden bereits gestern vpr. mittag zahlreiche Kränze niedergelegt, darunter der große Vorbeerkranz der Reichsregierung mit einer in den republikanischen Farben gehaltenen Schleife, des weiteren Kränze der preussischen, hessischen und der bairischen Regierung, der Stadt Heidelberg und andere. Am Nachmittag fand auf dem Friedhof eine Gedenkfeier statt, bei der das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das Kartell der republikanischen Studentenschaft mit Abordnungen in vollem Wapp und Fahnen sowie die demokratische Jugend teilnahmen. Seitens der bairischen Regierung war Innenminister Kemmle erschienen. Die Familie Ebert war durch Fritz Ebert jun. vertreten.

Professerversammlung gegen die Sprachenverordnung in Karlsbad.

Karlsbad, 28. Febr. In einer heute vormittag auf dem Marktplatz von allen deutschen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten abgehaltenen Professorensammlung gegen die Sprachenverordnung, an der ungefähr 2000 Personen teilnahmen, wurde eine Resolution angenommen, die eine aus der Versammlung gewählte Deputation der politischen Bezirksverwaltung vorlegte. Nach dem Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Etwa 50-100 junge Leute sangen das Deutschlandlied und die Nacht am Rhein. Die Polizei verbot das Weitergehen und verhaftete 5 Personen.

Richterlicher Haftbefehl gegen Jürgens.

Berlin, 1. März. Wie die „Montagspost“ zu melden weiß, ist am Sonntag in Berlin vom Landgericht in Stargard ein telegraphischer Haftbefehl gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Frau, sowie die Mitteilung auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung eingetroffen.

Der Prozeß gegen Oberleutnant Schulz und Genossen.

Berlin, 1. März. Nach einer Meldung des „Montagspost“ aus Landsberg a. d. Warthe soll der Oberleutnant Schulz zu der Ansicht gekommen sein, daß die Hauptverhandlung gegen die Fememörder Oberleutnant Schulz und Genossen, nicht wie vorher vorgesehen in Landsberg, sondern vor das Reichsgericht oder den Staatsgerichtshof in Leipzig gehören, da die von den Fememördern verübten Taten auch unter dem Gesichtspunkt des Hoch- und Landesverrats zu betrachten seien.

Neuer Bombenanschlag bei Rattowitz.

Siemianowitz, 27. Febr. Heute nacht um 12 1/2 Uhr wurde auf das Hausgrundstück des Werkmeisters Artur Hoppe abermals ein Sprengstoffattentat verübt. Die Detonation war so stark, daß sämtliche Fensterscheiben der Vorderfront des Grundstückes zertrümmert wurden und das Mauerwerk Risse erhielt. Hoppe wohnt allein auf dem Grundstück. Er befand sich in den oberen Räumen des Hauses und entging dadurch dem Anschlag. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

Forderung des Brüsseler Sozialistenkongresses.

Brüssel, 28. Febr. Die hier tagende Konferenz deutscher, französischer und belgischer Sozialisten fordert in einer Entschließung u. a. eine großzügige Handelsvertragspolitik von Land zu Land auf der Grundlage der Weisbegünstigung, und Senkung der prohibitiven Zollschranken, Aufhebung des Bismarckwanges, Abkommen über Ein- und Auswanderung, Durchführung des Washingtoner Währungsabkommens und der anderen vom internationalen Arbeitsamt ausgearbeiteten sozialen und arbeiterrechtlichen Schutzvorschriften und Mitwirkung von Arbeitervertretern bei der Vorbereitung und Beratung von Handelsverträgen.

Stratiani tritt nicht zurück.

Buarest, 28. Febr. Wie die Agentur Orient-Radio mitteilt, entbehren die Nachrichten über den Rücktritt des Ministerpräsidenten Stratiani jeder Grundlage. Der in Paris angelommene ehemalige Kronprinz von Rumänien reist Anfang dieser Woche nach London.

Tetuan unter Feuer.

Paris, 28. Febr. Wie die „Chicago Tribune“ aus Gibraltar meldet, soll die dauernde Beschießung von Tetuan durch Abd el Krim große Verluste an Menschenleben verursachen. Hunderte von Personen hätten Tetuan verlassen und sich nach Ceuta geflüchtet.